



Medienkonferenz der Gewerkschaft Unia

Bern, 10. Juni 2025

Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia

Keine Gleichstellung ohne höhere Frauenlöhne

Wir stellen heute unseren neuen Unia-Report zu den Frauenlöhnen vor. Daraus geht hervor, dass es noch immer grosse Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern gibt, dass Frauen und Migrantinnen überproportional von tiefen Löhnen betroffen sind und dass die Löhne in Branchen und Berufen mit einem hohen Frauenanteil besonders tief sind. Der Report zeigt aber auch, wie sich gewerkschaftliches Engagement positiv auf die Frauenlöhne auswirkt, wie die Mindestlohnkampagnen der Gewerkschaften sowie kantonale Mindestlöhne insbesondere bei den Frauen positive Auswirkungen haben (siehe Report).

Die Zahlen des Unia-Reports zeigen klar: Jede fünfte Frau arbeitet für einen Tieflohn. In Branchen und Berufen, wo viele Frauen arbeiten, sind die Löhne besonders tief. Der Arbeit von Frauen wird weniger Wert beigemessen als der Arbeit von Männern. Obwohl Wirtschaft und Gesellschaft ohne diese Arbeit nicht funktionieren würde – es ist nicht lange her, da wurden viele dieser Berufe als «systemrelevant» bezeichnet. Ohne die Arbeit der Pflegerin im Altersheim würde die Schweiz nicht funktionieren, ohne die Arbeit der Betreuerin in der Kita, der Verkäuferin im Supermarkt, der Reinigerin und der Coiffeuse. Und sogar im gleichen Beruf, mit den gleichen Voraussetzungen, haben Frauen immer noch tiefere Löhne als Männer.

Höhere Löhne in GAV und gesetzliche Mindestlöhne

Wir fordern deshalb, dass die Frauenlöhne flächendeckend erhöht werden. Die Löhne in Branchen mit einem hohen Frauenanteil müssen substanzial steigen. Alle sollen für ihre Arbeit einen fairen Lohn erhalten. Gute Gesamtarbeitsverträge mit fairen Mindestlöhnen sind dafür zentral. Wir fordern mindestens 4500 Franken im Monat für alle und mindestens 5000 Franken nach einem Lehrabschluss.

Gerade in Branchen mit vielen Frauen ist es oft schwierig, gute Löhne durchzusetzen. Deshalb braucht es auch gesetzliche Mindestlöhne, die das Existenzminimum sichern. Unser Bericht zeigt, dass Mindestlöhne die tiefen Frauenlöhne erhöhen und so einen wichtigen Beitrag zur Gleichstellung leisten. Fünf Kantone haben Mindestlöhne eingeführt: Neuenburg, Jura, Genf, Tessin und Basel-Stadt. In den Städten Zürich und Winterthur hat sich die Stimmbevölkerung deutlich für städtische Mindestlöhne ausgesprochen und die Stadt Luzern wird 2026 einen Mindestlohn einführen. In weiteren Kantonen und Städten wurden Mindestlohninitiativen eingereicht. Doch der Widerstand gegen die existenzsichernden Mindestlöhne ist stark. Der Nationalrat debattiert am 17. Juni über ein «Lohnsenkungsgesetz» in Tieflohnbranchen (siehe dazu auch unsere SGB-Pressekonferenz vom 27. Mai): Mit der Umsetzung der Motion Ettlin sollen künftig Gesamtarbeitsverträge mit tieferen Löhnen kantonale Mindestlöhne unterlaufen dürfen. Davon wären Tausende betroffen – allen voran Frauen. Mit diesem Gesetz würde das Parlament effektiv die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern sabotieren. Wir fordern, dass der Nationalrat am 17.

Juni – drei Tage nach dem feministischen Streik – den Frauen ein deutliches Zeichen sendet und dieses Gesetz versenkt.

Lohnanalysen auf dem Prüfstand

Schliesslich müssen auch die Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Bei den vom Gleichstellungsgesetz geforderten Lohngleichheitsanalysen liegt es im Argen, wie der Bericht des Bundes zur Umsetzung des revidierten Gleichstellungsgesetz (Lohnanalyse) erschreckend deutlich zeigt: Mehr als die Hälfte der betroffenen Arbeitgeber nimmt ihre Verantwortung nicht wahr und ignoriert schlichtweg das Gesetz. Das ist ein Skandal! Die Reaktion des Bundesrates auf diese schockierende Bilanz? Es soll lediglich die Überprüfung der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes um zwei Jahre vorgezogen werden, das heisst vor Ende 2027. Und gleichzeitig gibt es Bestrebungen im Parlament, die Lohngleichheitsanalysen weiter zu schwächen, indem Schichtzulagen ausgeschlossen werden sollen. Dies, obwohl sie lohnrelevant sind und Diskriminierungspotential bergen. Solche Angriffe lehnen wir entschieden ab. Wir fordern stattdessen, dass alle Betriebe, unabhängig ihrer Grösse, Analysen durchführen müssen. Dass Gleichstellungsgesetz muss revidiert werden und soll Kontrollen und wirksame Sanktionen vorsehen. Sonst bleibt das Gesetz zahnlos.

Druck von unten ist nötig

Die Gewerkschaft Unia setzt sich für höhere Frauenlöhne, gute Mindestlöhne und ein wirksames Gleichstellungsgesetz ein. Gerade in Zeiten, wo die Rechte von Frauen und Minderheiten weltweit von rechten Kräften angegriffen werden, setzen wir uns kompromisslos für mehr Gleichstellung ein.

Es braucht den Druck der Strasse, damit die Angriffe auf die Durchsetzung der Gleichstellung gestoppt werden und es stattdessen mit den Frauenlöhnen endlich wirklich vorwärts geht. Deshalb gehen wir am Samstag, 14. Juni wieder auf die Strasse. Die feministische Bewegung ist breit und vielfältig. Am 14. Juni beweisen wir dies zusammen mit den feministischen Kollektiven aufs Neue: mit kleinen und grösseren Aktivitäten in der ganzen Schweiz, an denen wir den Stimmen von Arbeiterinnen aus diversen Branchen Gehör verschaffen wollen. Wir rufen alle Frauen und solidarischen Menschen auf, an den diversen Kundgebungen und Demos in der Schweiz teilzunehmen und mit uns auf die Strasse zu gehen – für höhere Löhne und ein Leben in Würde für alle.